

Klare Positionierung

Der online stattgefundene Gewerkschaftstag im Mai fand seine analoge Fortsetzung am 20. September

Es war Vieles liege geblieben, war es doch im ersten Teil des Gewerkschaftstages vornehmlich um die erfolgreich stattgefundene Neuwahl unserer Vorsitzenden gegangen. Unter den Bedingungen von 3G konnten sich nun unter Einhaltung der Abstandsregeln und einer Maskenpflicht die Delegierten wieder real begegnen. Und das war gut so! Denn es gab brennende Themen, die – wie sich herausstellen sollte – ungewöhnlich zügig abgearbeitet werden konnten.

Das lag u.a. auch daran, dass die Vorsitzenden ihren Antrag auf eine Verbesserung der Personalausstattung zurückgezogen hatten. Stattdessen wurde entschieden, zunächst eine Arbeitsgruppe einzurichten, die als eine Art Enquêtekommision mit dem Auftrag versehen wurde, eine Evaluation der Aufgabenbereiche vorzunehmen, um aufgrund dessen eine bessere Entscheidungsmöglichkeit zu haben, wie man zukünftig personell den gewachsenen Aufgaben gerecht werden will. Ein nicht ganz unkomplizierter Vorgang, zumal in diesem Zusammenhang auch das Rotationsprinzip berührt zu sein scheint, was wiederum Satzungsfragen aufwirft. Auch hierzu wurde eine AG eingerichtet.

Davon unberührt konnten die Kolleg_innen, die sich in den letzten Monaten um eine Neuorientierung bzw. um die Zukunft des Religionsunterrichts bemüht hatten, ihre Position deutlich machen. Nach einer lebhaften, auch kontroversen Debatte wurde der Antrag der Gruppe aber mit einer deutlichen Mehrheit angenommen (s. hierzu S. 33).

Noch mehr Zustimmung erhielt der Antrag (trotz auch vortragener gegenteiliger Meinung) unseres Ausschusses für Friedens-erziehung, der sich jetzt Ausschuss für Friedensbildung nennt, obwohl auch hierzu Gegenpositionen vorge-
tragen worden waren.

Die GEW lehnt es ab, wie es im Antrag heißt, „sich an Werbe- und Image-Veranstaltungen der Bundeswehr in Schulen (wie unter dem Motto Wir.Dienen.Deutschland, machwaswirklichzählt.de für das freiwillige Jahr im Wehrdienst und weitere Jobangebote...) zu beteiligen.“ Darüber hinaus fordert die GEW-Hamburg „den Schulsenator Rabe in einem Offenen Brief

auf, über die direkte Kooperation von Bundeswehr mit Schulen, mit dem LI und der Schulbehörde Transparenz herzustellen.“

Weniger kontrovers erschienen dagegen die Anträge, die die politische Schwerpunktsetzung der GEW in der nächsten Zeit zum Inhalt hatten.

Man war sich einig, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Durchsetzung unserer Forderungen nach Arbeitsentlastung in der Verbindung zwischen Arbeits- und Gesundheitsschutz und dem wieder verstärkt aufzunehmenden Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit liegt. Es gelte, an der bereits 2014 formulierten Zielsetzung „Nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse“ festzuhalten (s. Kasten).

JOACHIM GEFFERS



Der Hamburger Gewerkschaftstag beschließt am 20.9.21:

Der Senat der FHH wird aufgefordert, die Arbeitszeit der Lehrkräfte an die tatsächlich anfallenden Arbeiten anzupassen. Das beinhaltet insbesondere sämtliche Aufgaben, die seit Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells neu angefallen sind, beispielsweise die Einführung der Ganztagschule, die Inklusion, die Digitalisierung u.v.m. Insbesondere ist eine Begrenzung der Unterrichtsverpflichtung einer in Vollzeit beschäftigten Lehrkraft auf maximal 20 Unterrichtsstunden wöchentlich vorzunehmen. Der Gewerkschaftstag beschließt die Durchführung einer Kampagne zur entsprechenden Korrektur des Lehrerarbeitszeitmodells. Der Vorstand der GEW wird aufgefordert, diese Kampagne zu planen und zu entwickeln. Gleichwohl hält die GEW Hamburg an ihrer Forderung der Abschaffung des Lehrerarbeitszeitmodell gemäß LehrArbZVO fest.